

SPD-Vorsitzender Schulz dementiert im ZDF eine „Obergrenze“



Von WOLFGANG HÜBNER und ALSTER | In der für Deutschlands Zukunft wichtigsten Frage hat der SPD-Vorsitzende Martin Schulz in der ZDF-Sendung „Was nun, Herr Schulz?“ vor laufender Kamera abgestritten, dass bei der Einigung seiner Partei mit der Union in den am Freitag beendeten Sondierungsgesprächen eine jährliche „Obergrenze“ für die Zuwanderung vereinbart worden ist. Damit hat Schulz in einem entscheidenden Punkt der von allen Seiten wortreich gelobten Einigung entweder eine ganz andere Interpretation der Vereinbarung oder er hat unwillentlich CDU und CSU der Unwahrheit bezichtigt.

Der SPD-Vorsitzende lässt in dem TV-Gespräch nachweislich keinen Zweifel, dass für ihn auch 260.000 (oder beliebig mehr) Zuwanderer jährlich möglich sind. Er macht in diesem Zusammenhang auf Formulierungen in der Vereinbarung aufmerksam, die das offen lassen. Schulz ist sicher unter starkem Druck des linken Parteiflügels und will diesem das Verhandlungsergebnis schmackhaft machen. Doch indem er die SPD-Linken besänftigen will, stellt er Merkel und Seehofer bloß.

Auch das EU-Parlament, dessen Präsident Schulz lange war, will künftig offenbar weit mehr Zuwanderung nach Deutschland lotsen: Denn durch neue Asylbestimmungen der EU könnten

Deutschland künftig deutlich mehr „Flüchtlinge“ aufgebürdet werden. Die im Groko-Sondierungspapier aufgeführte „Begrenzung“ des Migrantenstroms auf jährlich 220.000, also in etwa der Größe einer mittelgroßen Stadt, wird voraussichtlich weit übertroffen werden.

Hintergrund sind nach SPIEGEL-Informationen Änderungen, die das Europäische Parlament an Gesetzesinitiativen der Kommission zur Reform der Dublin-Regeln vornehmen will: „Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem bereits Angehörige des Bewerbers leben.“

Dadurch „müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen“, heißt es in einem Vermerk des Bundesinnenministeriums. Obergrenzen würden „zunichtegemacht“. Besondere Sorge bereitet den Innenexperten, dass nach den Parlamentsvorschlägen „faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen“ soll: „Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche ‚Ankerpersonen‘ befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig“, heißt es in dem Papier, das dem SPIEGEL vorliegt.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU): „Wenn jeder der über 1,4 Millionen Menschen, die seit 2015 in Deutschland Asyl beantragt haben, zur Ankerperson für neu in der EU ankommende Schutzsuchende wird, reden wir über ganz andere Größenordnungen als bei der Familienzusammenführung.“

Das EU-Parlament hat seine Vorschläge zur Reform der Dublin-Verordnung und anderer EU-Asylbestimmungen im November auf den Weg gebracht. Nun muss nur noch der EU-Rat zustimmen. Pikanterweise haben auch Politiker von Union und SPD im Europaparlament den Vorschlägen zugestimmt. Gleich das erste Kapitel des Groko-Sondierungspapiers ist übrigens der EU gewidmet, symbolträchtiger geht es kaum.

Darin heißt es: „Wir unterstützen europäische Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen (Relocation) und leisten einen angemessenen Beitrag zu Aufnahmekontingenten humanitär Schutzbedürftiger (Resettlement)“. Die Zufriedenheit von Juncker und Macron mit den Ergebnissen der Sondierungsgespräche ist also nur zu verständlich.

Es hat noch nicht einmal einen Tag gedauert, die Einigung der drei Parteien als Augenwischerei für das von ihnen dreist belogene Volk zu überführen. Das ist aber in keinem anderen Punkt von solcher Tragweite für Deutschland wie in der Zuwanderungsproblematik. Es lässt sich selten über Schulz etwas Positives sagen. Doch mit seiner Äußerung in der ZDF-Sendung hat er der Wahrheit über dieses großkoalitionäre Betrugsmanöver die Tür geöffnet. Ausnahmsweise: Danke, Martin!